

Ausnahmezustand

Verträgt sich der Virus mit Demokratie? S. 11

Fast unpolitisch? Die Agenda <u>recht</u>er You-Tuberinnen S. 6

Krise

Welche Chancen bietet sie?

Lieber Leser in

vor euch habt ihr die erste Critica-Ausgabe, die gezwungenermaßen vollständig im Home-Office entstanden ist. Das war für die Redaktion, sowohl organisatorisch, wie thematisch, eine große Herausforderung. So haben sich zwischen die Artikel, die sich dem Schwerpunkt dieser Ausgabe widmen, aus aktuellen Gründen auch einige Reflektionen zu COVID-19 und dem Ausnahmezustand (S. 11), wie wir damit umgehen können (S. 14) und welche Probleme für Studierende damit verbunden sind (S. 8/9), gemischt.

Der eigentliche Fokus unserer Ausgabe aber liegt auf der, wie wir nach Hanau feststellen mussten, leider allzu aktuellen Gefahr von Rechts. Nach einer Analyse der jüngsten Entwicklungen (S. 2/3) richten wir den Blick auf die Rechte im Parlament (S. 4), den sozialen Medien (S. 6) und den Unis (S. 7). Zudem wollen wir eruieren, wie dem rechten Mob Paroli geboten werden kann (S. 12/13). Daneben eröffnen aber leider auch Repressionen gegen Linke (S. 5) sowie die barbarische Politik an den EU-Außengrenzen (S. 10) der Rechten hierzulande große Spielräume. Zuletzt wollen wir euch noch darauf aufmerksam machen, dass auch nach COVID-19 die Kämpfe für eine soziale und ökologische Gesellschaft weitergehen und euch zum Mitmachen einladen (S. 15).

Die Redaktion macht sich die Meinung einzelner Autor*innen nicht zu eigen.

Lösungen für das Kreuzworträtsel:

SJ: HASS, 22: KASSEL 18: HQCKE' 13: N2A' 50: KAMELOW, 16: RESTURLAUB, 17: HITLER, 14: STRACHE, 15: CHINA, 15: KADIKALENERLASS, 13: NSU, 11: AKTENEINSICHT, 8: HESSEN' 6: DIETINKE' 10: KEWWERICH' 6: НАМВИКС, 7: РАТКІАКСНАLISCH, 2: INFEKTIONSSCHUTZGESETZ, 3: ЛЕВНАВМГОЗЕЙ, 4: УЕВДІ, 1: BRUTTOSOZIALPRODUKT, 2: KUBA,

critica: Semesterzeitung von dielinke.SDS Nr. 24/2020, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Redaktion: Anna Lindner, Annika H., Can Göcer, Charlotte Papke, Christian Ott, Daphne Weber, Dorian Tigges, Fabian Korner, Felix Diener, Franziska Kasüke, Jere Nollenberger, Leo Späth, Nilufar Shalah, Ronja H., Sebastian Chwala Layout: Maik Brückner, Pia Chwalczyk

Illustrationen: Pia Chwalczyk

Cover: Pia Chwalczyk Druck: Nordost-Druck, Flurstraße 2,

ViSdP: Kenja Felger.

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Anzeigen und Bestellungen:

info@linke-sds.org www.linke-sds.org

Die Krise – und ihre Chancen

Die Diskussionen der vergangenen Jahre waren geprägt von Rechtsentwicklung, Panik und dem Vorausahnen einer nahenden Wirtschaftskrise. Wie die globale Ausbreitung von COVID-19 den Diskurs in Deutschland verändert hat und welche Chancen sich daraus ergeben,



Die einen blockieren Straßen und fordern die Einhaltung des Pariser Abkommens, andere sehen in den Menschen, die hierherkommen, den Ursprung allen Übels und wieder andere machen sich einfach Sorgen um das Ende des Monats.

Die in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitete Unzufriedenheit hat, durch die anstehende Rezession, ein hohes Potenzial sich noch weiter zu verschärfen. Trotz Bitten an die Bundesregierung von Gewerkschaften bis hin zu Unternehmensverbänden, die Wirtschaft durch öffentliche Investitionen zu stimulieren, versäumte es diese in den letzten Jahren den Investitionsstau aufzuholen. Dringend nötige Investitionen in Bereichen wie der Pflege, der Integration von Migrant*innen in den

Arbeitsmarkt oder der notwendigen sozial-ökologischen Umgestaltung wurden zugunsten der Schwarzen Null vernachlässigt.

Relativierung des weitreichenden Rechtsradikalismus

Mit der durch COVID-19 auftretenden Krise ist nun auch die absehbare Rezession in unerwarteter Geschwindigkeit zutage getreten. Es bleibt abzuwarten, wie die AfD versuchen wird aus dieser Situation Kapital zu schlagen. Eine Antwort der Linken, kann dabei nicht darin liegen, in Abgrenzung zu der AfD ihren "Markenkern" ausschließlich auf die Erhaltung demokratischer

Werte zulegen.

Denn nachdem viele Jahre die Gefahr von Rechts ignoriert und in vielen Debatten als rein ostdeutsches Problem abgetan wurde, ist nach den Ereignissen von Hanau, Kassel und Halle auch in Kreisen der Union angekommen, dass man Linke nicht mit denen gleichsetzen kann, die regelmäßig großes Leid über dieses Land bringen.

Die jahrelange Relativierung rechter Gewalt durch die Gleichsetzung mit linker, wurde erst viel zu spät und selbst nach dem Bekanntwerden des NSU-Skandal nicht reflektiert.

Erst die rechten Anschlagserien der letzten Jahre hat bis in bürgerliche Kreise ein Verwerfen der sogenannten "Hufeisentheorie" angestoßen. Besagte Theorie, die lediglich "Ex-



Heute wie gestern ein Ort des Kampfes für soziale Reformen: Das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin.

tremisten" kennt , welche (links wie rechts) unabhängig von ihrem Werteverständnis gleichermaßen als Feinde der Demokratie gelten, wird besonders häufig von Vertreter*innen der radikalen Rechten genutzt.

Sowohl Repräsentant*innen der Hufeisentheorie, als auch teilst rechtsradikale Ideologen, sitzen und saßen im deutschen Sicherheitsapparat, bis hin zu m Amt des Präsidenten des Verfassungsschutzes. Durch Versagen, das bis zur Kooperation mit Rechtsradikalen geht, trägt der Staat eine Mitverantwortung für über zweihundert Tode seit 1990.

Demokratie durch Abgrenzung stärken

Auch nach diesem viel zu langsamen Prozess der Anerkennung des Rechtsradikalismus als vorrangiges Problem, haben immer noch viele Linke den Reflex sich gegenüber der Hufeisentheorie zu verteidigen und ihren Platz in der Zivilgesellschaft zu erklären.

Auf der Strategiekonferenz der LINKEN in Kassel, welche über die zukünftige Ausrichtung der Partei diskutieren sollte, plädierten einige Stimmen, wie etwa die Thüringer Landesvorsitzende, dafür sich in einer Einheitsfront aller Demokrat*innen gegen Rechts einzureihen. Dies birgt jedoch die Gefahr, als eine von fünf Parteien wahrgenommen zu werden, die sich alle

vordergründig gegen die AfD stellen, während die Lösungsansätze in den Hintergrund geraten. Die Bedrohung ist umso bedeutsamer, da die selbst ernannte "Alternative" jegliches Forum nutzt, um sich als Opfer der Eliten und herrschenden Parteien, die eine Veränderungen im System um jeden Preis verhindern wollen, zu inszenieren. DIE LINKE muss deshalb sehr bedacht sein sich durch die Propaganda der AfD, nicht als Teil des "links-grünen Establishment" missbraucht zu lassen. Dass die AfD der LINKEN den Rang als Partei des Wechsels abgelaufen hat, zeigt, dass DIE LINKE im Verhältnis zu ihrer Gesamtwählerschaft bei der Bundestagswahl 2017 mehr Stimmen als alle anderen Parteien an die AfD verloren hat. Es ist essenziell, dass sich DIE LINKE durch radikale Forderungen von dem Rest der Parteienlandschaft abhebt um somit als Partei des Wechsels wahrgenommen zu werden. In der Konsequenz ist es die Aufgabe der LINKEN zumindest Teile diese Wähler*innen zurück in das demokratische Spektrum zu gewinnen. Die Kommunikation der Partei muss sich neben anderen Zielgruppen deshalb besonders an finanziell schwach gestellte und von Abstiegsängsten betroffene Personen richten. Wir fordern daher gerade um der Rechtsentwicklung mit sozialen Alternativen entgegenzuwirken: Zeit- und Leiharbeit zu beenden, eine existenzsichernde Mindestsicherung ohne Sanktionen, eine (Re)Vergesellschaftung des Sozialstaates und eine Ausweitung des Mindestlohns.

Als Stabilisator der Demokratie zu agieren, darf deshalb nicht als Gegensatz zu einer Stärkung der Sozialen Frage betrachtet werden. Diese stärker zu betonen und eine Vergesellschaftung wichtiger Bereiche zu erzielen bedeutet sowohl Wähler in das demokratische Spektrum zurückzugewinnen als auch die Demokratie auf andere Lebensbereiche auszuweiten.

Auswirkungen der Maßnahmen

Ein Blick beidseits des Atlantiks zeigt von Biden bis Macron eine stark ausgeprägte Kriegsrhetorik und eine Verschiebung des Sicherheitsbegriffs im Umgang mit COVID-19. Diese nutzen die Ängste der Bevölkerung, um sich als handlungsfähig und willens im "Kampf" gegen den Virus zu inszenieren. Zwar ist in der Bundesrepublik die Rhetorik noch zivil geprägt und im Gegensatz zu Ungarn sind auch keine dauerhaften Einschränkungen von Grundrechten zu erwarten, trotzdem werden die in der Bevölkerung durchaus populären Einschränkungen nicht spurlos an dieser vorbeiziehen und nachhaltig ihr Empfinden von Sicherheit prä-

Aktuell kann der Begriff "Solidarität" Hochkonjunktur verzeichnen und kann als von der Bundesregierung geprägter Gegenentwurf zu der allseits verbreiteten Kriegsrhetorik verstanden werden. Im Gegensatz zu der gesamtgesellschaftlichen Prägung des häufig von linker Seite verwendeten Begriffs, zielt die u.a. von Angela Merkel formulierte Solidarität auf ein individuelles Engagement des Einzelnen ab.

Chancen für die Zukunft

Die gesellschaftlich und materiell bindenden Aspekte des Begriffs "Solidarität" zu stärken und die Möglichkeiten einer "solidarischen Gemeinschaft" auch über die von COVID-19 geprägte Zeit hinaus zu veranschaulichen, ist die große Chance der aktuellen Krise. Durch eine verbindende Politik, die von allen gesellschaftlichen Schichten mitgestaltet wird, gilt es die gesellschaftliche Spaltung zu überwinden. Durch Chancengleichheit im Bildungssystem, die es unabhängig von Einkommen und Herkunft jedem ermöglicht zu studieren (etwa durch elternunabhängiges BAföG), muss auch eine soziale Mobilität gewährleistet sein. Wie Betriebe müssen auch Hochschulen der Profitlogik entzogen werden und unbefristet einstelle. Die Aufgabe der Linken, besteht zudem darin klare Alternativen für unser gesellschaftliches Zusammenleben in der Kommunikation an Arbeiter*innen und "vom Abstieg

Bernd Riexinger macht vor, wie die den Pflegekräften entgegengebrachte Solidarität in die richtige Bahn gelenkt wird, indem er sich mit den Pflegekräften zusammen für eine Lohnerhöhung von 500€ einsetzt.

Bedrohte" zu adressieren.

Ein weiterer Schritt muss sein, durch eine Außerkraftsetzung der reinen Profitlogik, in unterbesetzten Branchen eine weitere, stärkere Attraktivität zu schaffen , welche es den Beschäftigten erlaubt stolz auf ihre Berufe zu sein, ohne dabei die Wahl zwischen einem guten Einkommen, einem erfüllenden oder einem sozialen Beruf treffen zu müssen. Die Linke muss aktivierend auf die Beschäftigten, Angestellte und Studierende einwirken um ihnen die Möglichkeit zu geben sich sowohl im Betrieb als auch in der Politik mit einzubinden um selber das Potenzial der Zukunft zu nutzen.! ★

Can Göcer studiert in Nürnberg Volkswirtschaftslehre und möchte nach dem Studium weder in noch auf einer Bank enden.





Bergab geht es mit den Rechten leider noch nicht.

ber Monate hinweg hatte die AfD mittels Plakaten und Tweets das Bild von Shisha-Bars als Orte der Kriminalität heraufbeschworen. Der Spitzenkandidat der hessischen AfD, Rainer Rahn, sagte sogar noch nach dem Anschlag: "Shisha-Bars sind Orte, die vielen missfallen, mir übrigens auch. Wenn jemand permanent von so einer Einrichtung gestört wird, könnte das irgendwie auch zu einer solchen Tat beitragen." Er legte damit nahe, die Tat sei in irgendeiner Weise nachvollziehbar oder gar gerechtfertigt. Solche Äußerungen tätigt die AfD aber nicht im luftleeren Raum, sondern greift Diskurse der bürgerlichen Mitte auf und spitzt sie geschickt zu. CDU-Mann Friedrich Merz etwa twitterte nur wenige Tage nach dem Anschlag über "rechtsfreie Räume" und "Clanstrukturen", die es aufzubrechen gelte. Die AfD kann sich durch das Anknüpfen an solche Diskurse als Partei der Konsequenz inszenieren, die die wahren Probleme benennt und mutig genug ist, die Schlussfolgerungen zu ziehen.

Berechnete Grenzverschiebungen

Immer wieder verschiebt die AfD die Grenzen des Sagbaren, provoziert mit rassistischen Äußerungen, geschichtsrevisionistischen Positionen und impliziten Gewaltandrohungen. Sie bildet damit den Nährboden für rassistische Straßenmobilisierungen und Gewalt. Hierzu lässt sich die, in zahlreichen Studien belegte, Theorie des geplanten Verhaltens (Ajzen & Fishbein) heranziehen. Sie benennt drei Faktoren, die beeinflussen, ob eine Person ein bestimmtes Verhalten ausführt oder nicht: die persönliche Einstellung zum Verhalten, die wahrgenommene Kontrolle über das Verhalten und, hier besonders relevant, die wahrgenommene Erwartung anderer Personen. Habe ich den Eindruck, Andere würden mein Verhalten befürworten, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ich es tatsächlich ausführe. Mit anderen Worten: Die AfD befeuert einen Diskurs. von dem sich rassistische Gewalttäter*innen ermutigt und legitimiert

Das Parlament nutzt sie dabei geschickt als Bühne. Eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin von 2017 bescheinigt der AfD ein instrumentelles Verhältnis zum Parlament. Es gehe ihr dort weniger um eine ernsthafte Mitarbeit, als vielmehr um gezielte Provokationen, die sie dann über ihre Social-Media-Kanäle verbreiten kann. Ähnlich beschreibt es auch die AfD selbst ganz offen in einem Strategiepapier von 2017. Diese Strategie der gezielten Provokation erklärt beispielsweise, warum mit dem Einzug der AfD in den Bundestag die Zahl der Ordnungsrufe deutlich angestiegen ist.

Auf den kalkulierten Tabubruch folgt typischerweise die Inszenierung als Opfer: Am 20. Februar, dem Tag nach dem rassistischen Terroranschlag in Hanau, twitterte der AfD-Bundestagsabgeordnete Gottfried Curio durch "Regierungskreise und linke Parteien" werde die Gewalttat eines "massiv psychisch gestörten Einzeltäters" instrumentalisiert. Die AfD weist jegliche Verantwortung von sich, leugnet das rassistische Motiv der Tat und stellt sich stattdessen

als Opfer der sogenannten "Alt-Parteien" dar, von denen sie zu Unrecht in die 'rechte Ecke' gestellt werde. Eine ähnliche Abfolge ließ sich nach dem Mord an Walter Lübcke oder dem Anschlag in Halle beobachten.

Parlamentsarbeit als Mittel der Hetze

Für ihre Stimmungsmache bedient sich die AfD außerdem gerne der Möglichkeit der Kleinen Anfrage im Parlament. Die Amadeu Antonio Stiftung hat ausgewertet, dass zwischen 2017 und 2019 ein Drittel aller Kleinen Anfragen der AfD-Bundestagsfraktion das Thema Migration behandelten. Im Dezember 2019 ließ sich die AfD etwa genauestens die Entgeltunterschiede zwischen deutschen Staatsbürger*innen und Ausländer*innen aufschlüsseln und fragte, ob das geringere Lohnniveau bei Ausländer*innen einen lohndämpfenden Effekt auf die Gehälter der Deutschen hätte. Was als emsige Oppositionsarbeit dient in Wahrheit vor allem dazu, Neiddebatten zu befeuern und rassi-

stische Diskurse aufrechtzuerhalten. Neben der Migration befasst sich die AfD auch viel mit der Gefahr durch angeblichen Linksextremismus. Unter diesem Deckmantel greift sie mittlerweile verstärkt zivilgesellschaftliche Organisationen an, die sich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus einsetzen, wie etwa das Treibhaus Döbeln oder das Netzwerk Miteinander e.V. und wirbt dafür, ihnen die dringend benötigten öffentlichen Fördergelder zu entzie-

Keine Partei wie jede

Zugleich ist die AfD jedoch auch stets darum bemüht, den Anschein einer bürgerlich-konservativen Partei zu wahren. Sie hat erkannt, dass sie mit einem zu offen rechtsextremen Profil für viele Wähler*innen unwählhar bleibt und versucht vielfach, durch betont seriöses und sachliches Auftreten, für diese Wähler*innen anschlussfähig zu bleiben. Diese Doppelstrategie ist ein wichtiger Teil ihres Erfolges: Unterschiedliche Milieus können auf diese Weise für dasselbe politische Projekt angesprochen werden. Bei FDP und CDU in Thüringen scheint diese Maskerade Wirkung gezeigt zu haben: Sie

hielten es offenbar für unproblematisch, mit der AfD gemeinsam einen Ministerpräsidenten zu wählen. Nach entschlossenem zivilgesellschaftlichem Protest gegen diesen Dammbruch musste Kemmerich jedoch zurücktreten. Das Beispiel Thüringen zeigt: Es gilt, wachsam zu bleiben und keine (weitere) Normalisierung der AfD zuzulassen! ★

Charlotte Papke studiert Psychologie in Leipzig und ist dort beim SDS organisiert und im #unteilbar-Bündnis aktiv. das Proteste gegen die Wahl Kemmerichs zum Thüringer Ministerpräsidenten mitorganisiert hat.



Und Repressionen gegen Linke

Wie weit die gehen können zeigen Patrick Ölkrug und Dominik Feldmann in ihrem jüngst erschienen Buch über die Geschichte der Berufsverbote.

Ihr habt jüngst ein Buch (Wer ist denn hier der Verfassungsfeind, Köln 2019) veröffentlicht zu Berufsverboten in der BRD und dem Radikalenerlass. Was ist der Radikalenerlass und wer war hiervon betroffen?

Dominik Feldmann: Im Januar 1972 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz, dass nur noch diejenigen im öffentlichen Dienst arbeiten dürfen, die "die Gewähr dafür biete[n], [...] jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung" einzutreten. Das ist der Wortlaut des "Radikalenerlasses", der eine Generation Linker prägen sollte. Man geht heute von etwa 3,5 Millionen Überprüfungen durch die Verfassungsschutzämter, 11.000 Berufsverbotsverfahren und 1.500 Berufsverboten aus.

Patrick Ölkrug: Betroffen waren nahezu alle Gruppen des öffentlichen Dienstes, so neben Lehrern beispielsweise auch Beamte bei Post und Bahn. Faktisch richteten sich die Berufsverbote fast ausnahmslos gegen Linke, deren Unterdrückung und Verfolgung in der dt. Geschichte seit 1815 eine Kontinuität darstellt.

Eine der gedanklichen Grundlagen des Radikalenerlasses war die Totalitarismus-Theorie, die Feinde der Demokratie links sowie rechts sieht und sie gleichsetzt. Gegen diese Feinde müsse der Staat wehrhaft sein - wie z.B. durch den Radikalenerlass. Könnt ihr hierauf kurz eingehen und darstellen, welche Folgen dies hat?

D. F.: In der Tat waren Antitotalitarismus und Antiextremismus entscheidende Motive für die Politik der Berufsverbote. Wissenschaftliche Totalitarismustheorien gibt es aber viele. Diese muss man auch differenziert betrachten. - nicht alle setzen links und rechts gleich. Für die Debatten in der Bundesrepublik waren und sind jedoch sowohl der Vergleich von rechts und links als auch die Fokussierung auf die linke Seite durchgängig zu beobachten.

Die Bekämpfung rechter Strukturen - ob intentional oder nicht - wird dabei vernachlässigt. Das betrifft neben den Berufsverboten auch andere Bereiche. Schließlich muss es ja bspw. Gründe geben, dass Nazis über Jahre unentdeckt in Deutschland morden können wie beim NSU. Durch "antiextremistische" Politik werden aber nicht nur demokratiegefährdende Akteur*innen in der politischen Mitte und Rechte aus dem Blick genommen. Ebenso diskreditiert der "Antiextremismus" politische Projekte von links, die nicht antidemokratisch sind, sondern bestehende Herrschaftsverhältnisse überwinden wollen.

Und heute? Wie ist der Stand der Aufarbeitungen und wieso ist das Thema Berufsverbote für Student*innen

P. Ö.: Es gibt bisher leider nur eine stockende Aufarbeitung. In offizieller Literatur und in der politischen Bildung wird der Radikalenerlass verschwiegen. Eine Aufarbeitung dieses "vergessenen Kapitels" bundesdeutscher Geschichte ist aber dringend notwendig, um bestehende politische Gesinnungsschnüffelei zu beseitigen und um zukünftiger vorzubeugen. Von den Berufsverboten Betroffene müssen vollständig rehabilitiert werden. Die Berufsverbote sind aber nicht nur ein Teil der Geschichte, sondern auch noch im 21. Jahrhundert nimmt ihre Anwendung Einfluss auf die Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst. Sie sind Teil der Repression gegen Linke. So stehen ehemalige Betroffene weiterhin unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Hinzu kommen neue Polizei- und Verfassungsschutzgesetze in den Bun-

Das Interview führte Jeremiah Nollenberger. 🖈

ANZEIGE



Helmut Dahmer Antisemitismus, Xenophobie und pathisches Vergessen Warum nach Halle vor Halle ist 2020 - 101 Seiten - 10,00 €



Volker Eick Jörg Arnold (Hrsg.) 40 Jahre RAV

Im Kampf um die freie Advokatur und um ein demokratisches

2019 - 422 5. - 35.00 € ISBN 978-3-89691-264-0



Christine Resch Thomas Wagner (Hrsq.) Migration als soziale Praxis: Kämpfe um Autonomie und repressive Erfahrungen 2019 - 258 5. - 35,00 €

www.dampfboot-verlag.de

ISBN 978-3-89691-269-5

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Die harmlosen Rechtsextremistinnen

Wie rechte Aktivistinnen zur Normalisierung von menschenverachtendem Gedankengut beitragen, dazu hat **Daphne Weber** recherchiert.



Jede*rkennt Greta Thunberg, Klimaaktivistin aus Schweden, die die Schulstreiks für das Klima ins Leben gerufen hat. Aber wer kennt ihr rechtsgerichtetes Pendant, die sogenannte "Anti-Greta"? Ihrem vor 10 Monaten erstellten Youtube-Kanal folgen mittlerweile 85.000 Abonnent*innen. Einzelne Videos erhalten über 200.000 Aufrufe, jedes hat mindestens fünfstellige Klickzahlen.

Die "Anti-Greta", das ist Naomi Seibt, 19 Jahre alt, könnte auch fünf Jahre jünger sein. Sie wirkt unauffällig und harmlos.

"Seenotrettung fördert Verbrechen" oder "Klimawandel - alles nur heiße Luft?" heißen ihre Videos. Im Video "#FierceWithoutFeminism - Wir sind nicht eure Opfer" spricht sie über die scheinbare Verschwörung des Feminismus', die einen "gesellschaftlichen Opferkult" aufrecht erhalten wolle. Erfolg sei "nicht mehr eine Frage der Leistung, sondern der meisten Unterdrückungsmerkmale". Das sei der "wahre Sexismus".

Hier verknüpfen sich also neoliberales Leistungsdenken, das Strukturen der Ausbeutung und Unterdrückung ignoriert, mit extrem rechtem Gedankengut. Das Anprangern sexistischer oder rassistischer Strukturen

ist plötzlich ein "Opferkult", wenn es die Privilegien der Herrschenden in Frage stellt. So wird feministische oder antirassistische Kritik an den Verhältnissen umgedreht zu einem in die Allgemeinheit übergegangenen Kult - ungeachtet der realen Verhältnisse, die zutiefst von Rassismus und Patriarchat durchzogen sind. Eine schwarze Muslima wird es in dieser Gesellschaft schwerer haben als ein weißes, privilegiertes Ärztesöhnchen.

Rassismus unter dem Deckmantel der Emanzipation

Rechte Frauen, die einen offensiven Antifeminismus vertreten, sind in konservative Kreise anschlussfähig. Der Antifeminismus und Hass auf "Gender-Gaga" schlagen den Bogen von der extremen Rechten in die konservative "Mitte der Gesellschaft". Bisweilen gelingt es der Rechten, Mainstream-Diskurse aufzugreifen und vor sich her zu treiben. So ist das Bild des "vergewaltigenden Ausländers" (allerdings nur des schwarzen oder muslimischen Ausländers) seit der "Kölner Silvesternacht" in breite Kreise der Gesellschaft anschlussfähig. Die Identitären nutzten die

Gunst der Stunde und warfen die Kampagne #120db an. 120 Dezibel ist die Lautstärke eines Taschenalarms. In einem Youtubevideo stehen weiße Frauen vor der Kamera, die ihre Ängste schildern und ankündigen, sich gegen Übergriffe zu wehren. Paradox ist es, dass die Rechten einerseits feministische Politik, die Frauen und Queers vor Gewalt schützen will, ablehnen, sobald die Täter aber Migranten sind, die (weißen deutschen) Frauen als schützenswert gelten.

Fast unpolitisch?

Trotz dieser rassistischen Interventionen unter dem Deckmantel der Emanzipation ist es eher still um die rechtsextremen Frauen. Sie sind nicht so sehr in der ersten Reihe präsent, wie die rechtsextremen Männer: Man denke an Martin Sellner, Sprecher der Identitären Österreichs, Youtuber wie neverforgetniki (135.000 Abonnenten), Verleger wie Jürgen Elsässer (Compact) und nicht zuletzt an Parteipolitiker wie Björn Höcke (AfD). Sie alle sind bekannter und öffentlich präsenter. Das hängt natürlich auch mit rechter Ideologie an sich zusammen. Die öffentliche, politische Sphäre obliegt den Männern, die Frauen sind dem häuslichen und kulturellen Bereich zu-

geordnet. Sie übernehmen allerdings eine wichtige Scharnierfunktion: die der Normalisierung. Rechte Frauen, wie Naomi Seibt oder Sellners Ehefrau und Youtuberin Brittany Sellner (139.000 Abonnenten), wirken so harmlos, irgendwie fast unpolitisch, aber durch diese Inszenierung gelingt es, rechtes Gedankengut eben genauso harmlos und unpolitisch wirken zu lassen. Genau diese Fähigkeit macht sie gefährlich. Ihnen gelingt es dadurch, andere Zielgruppen zu erschließen als die der sowieso schon rechts eingestellten. Die extreme Rechte schafft es derzeit sehr gut, mediale vorpolitisch-kulturelle Bereiche für sich zu erschließen und so ein Millionenpublikum für ihre menschenverachtende Propaganda von Rassismus, Antifeminismus und Leugnung des Klimawandels zu erreichen. Die Antwort der Linken auf diese mediale Strategie steht noch aus. ★

Gegen rechten Müll empfiehlt Daphne Weber linke Youtuber wie Datteltäter, Rayk Anders, Contrapoints oder journalistische Formate von Tilo Jung.





Braune Elitenetzwerke

Burschenschaften wirken aus der Zeit gefallen und scheinen eher ein überlebtes Produkt aus alten Zeiten zu sein. Doch sie sind nach wie vor Kaderschmieden der radikalen Rechten, meint **Felix Diener**.

n vielen Unis sind sie präsent: die Afast immer betrunkenen Kommilitonen mit Band und Mütze, die man im ersten Moment eher als Witzfiguren denn als Gefahr wahrnimmt. Die Rede ist von Burschenschaften. Sie sind eine Unterart der Studentenverbindung, ähnlich den Korps und den Landsmannschaften. Burschenschaften sehen sich in der Tradition des Vormärz, ihre Neumitglieder sind sogenannte Füchse. Alle sind sie rein männlich, fakultativ- oder pflichtschlagend, farbentragend und politisch, von konservativ bis offen rechtsextrem.

Eng verwoben mit der Neuen Rechten

Als Beispiel sei die Danubia München genannt, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird und mehrfach Faschisten wie Horst Maler eingeladen hat. Wie eng verbunden Burschenschaften und rechte Szene sind, lässt sich auch daran erkennen, dass in einigen Universitätsstädten die örtliche Burschenschaft, die Junge Alternative und die Identitäre Bewegung (IB) personell kaum mehr unterscheidbar sind. Besonders die Identitären nutzen Häuser von Burschenschaften gerne für ihre Veranstaltungen, beispielsweise trat der rechte Rapper Komplott in den Räumen der Normannia zu Heidelberg auf, in Wien organisiert die IB regelmäßig Stammstimme mit Burschenschaften und Korps. Auch Lesekreise der Jungen Freiheit sind nichts Ungewöhnliches. Die Verbindung zur Neuen Rechten reicht bis in die höchste Ebene der Politik, so ist der ehemalige Bundestagsvizepräsidentschaftskandidat der AfD Albrecht

Glaser Mitglied der Alemannia zu Heidelberg, der rheinland-pfälzische AfD-Abgeordnete Damian Lohr gehört der rechtsextremen Germania Halle zu Mainz an. Besonders energisch in ihrem politischen Wirken sind die Vertriebenenverbände wie die Alte Breslauer Burschenschaft Raczeks zu Bonn, in der überwiegend westdeutsche Studenten die verlorene Heimat im Osten betrauern, was ich als Enkel eines Vertriebenen aus dem heutigen Tschechien recht amüsant finde. Auf dem Burschentag des Dachverbandes Deutsche Burschenschaft (DB) 2011 sorgten die Raczeks für einen Eklat, weil sie einen Ausschlussantrag gegen eine Mannheimer Burschenschaft stellte, da diese einen Deutschen chinesischer Abstammung aufgenommen hatte. Zwei Jahre später hatten sich die rechten Burschenschaften im Dachverband durchgesetzt und die DB diskutierte über eine Unterteilung in Bewerber deutscher, abendländischer und nicht-abendländischer Abstammung, wobei letzte nicht mehr ohne Genehmigung des Rechtsausschusses aufgenommen werden dürfen.

Karrierenetzwerk und rechte Ideologie

Neumitglieder kommen jedoch nicht nur aus ideologischer Überzeugung, die durch die politische Indoktrination in den sogenannten Fuchsenstunden noch gefestigt wird. Viele suchen nach einer günstigen Wohnung in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt und erhoffen sich bessere Karrierechancen durch Kontakte zu einflussreichen Alten Herren. Das hat oftmals auch Erfolg. Gerade im Bereich Jura eröffnet die Mitgliedschaft in einer Burschenschaft häufig schnelle berufliche Aufstiegsmöglichkeiten.

Dieses Zusammenspiel aus Elitismus, rechter Ideologie und wirtschaftlichem Einfluss zeigt auch die Verbindung von Faschismus und Kapital auf. Dies wurde bereits in der Weimarer Republik deutllich. Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund rekrutierte seine Mitglieder vor allem in Burschenschaften, Korps und anderen Verbindungen. Schon 1930 - also noch vor der Machtergreifung - gelang es den faschistischen Studenten die deutsche Studierendenschaft zu dominieren und sie begannen systematisch damit, sozialistische und jüdische Professoren wie den Mathematiker Emil Julius Gumbel aus dem Amt zu jagen.

Wir können wohl davon sprechen, dass in der Hochschulpolitik Burschenschaften eine der größten, wenn nicht die größte Gefahr von Rechts darstellen. Deswegen ist klar, dass Burschenschaften aus linker Sicht mit allen verfügbaren Mitteln bekämpft werden müssen.

Felix Diener studiert in Heidelberg Germanistik und Evangelische Theologie auf Lehramt. Die Schwerpunkte seiner politischen Arbeit sind Antifaschismus und sozialistische Pädagogik.



Illustration: Pia Chwalc

Die Uni und der Virus

COVID-19 bringt den Hochschulbetrieb zum Erliegen. Was das für uns bedeutet und welche Missstände der Virus aufzeigt, beleuchten **Leo Späth** und **Franziska Kasüke** aus verschiedenen Perspektiven.

Studienfinanzierung in Gefahr

Franzi starrt auf die Mail ihres Arbeitgebers. Wegen der verordneten Schließungen von Restaurants kann er sie nicht weiterbeschäftigen. Ihre Eltern verdienen zu viel, um eine Förderung im engen BAföG-Korsett zu ermöglichen und doch zu wenig, um sie ausreichend zu unterstützen. In den letzten Semestern hat ihr der Nebenjob den Studienalltag immer wieder erschwert, jetzt weiß sie nicht, wie sie Lebenshaltungskosten und Studienbeiträge bezahlen soll. So geht es vielen Studis. Noch nicht einmal ein Fünftel hat Anspruch auf BAföG. Für alle, die ihn haben, sind die Regelsätze viel zu niedrig, um anfallende Kosten zahlen zu können. Die fehlende finanzielle Sicherheit führt zur Zunahme von sozialer und psychischer Belastung. Gerade in einer Krise wie dieser zeigt sich, dass die sozialstaatlichen Instrumente nicht ausreichen, um allen

einen anständigen Lebensstandard zu ermöglichen. Sozialabbau und ein wachsender Anteil an befristeten, niedrig bezahlten Stellen ermöglichen immer weniger Menschen das Bilden von Rücklagen. Versunken in Gedanken blickt Franzi noch einmal auf den Bildschirm ihres Computers. Eine Freundin hat eine Einladung zu einer Petition geschickt, die eine Soforthilfe von 3000 Euro für Studis fordert. Als Pauschalzahlung oder zinsloser Kredit, je nach Bedürftigkeit. Diese Unterstützung kommt auch allen zu Gute, bei denen sich wegen COVID-19 die Regelstudienzeit verlängert und eine weitere BAföG-Förderung deshalb gefährdet ist. Gute Idee, findet Franzi und unterzeichnet die Aufforderungen. 🛨

Zumutungen und Unsicherheiten bei Prüfungen

Tom steht kurz vor seinem Bache-lor. Als er erfährt, dass ein Großteil der Lehre im kommenden Semester digital stattfinden soll, ist er verunsichert. Seine Uni ist dafür schlecht ausgestattet. Viele Lehrende haben kaum Erfahrung mit Online-Lehre und viele Veranstaltungen wie Praktika oder Vorträge lassen sich im Internet wohl kaum abhalten. Das Umkrempeln der Lehre verunsichert viele und macht ein reguläres Semester kaum möglich. Schon im Normalzustand ist durch immer straffe Stundenpläne, mangelnde Ausstattung von Hörsälen und fehlendes Personal ein partizipatives Studium schwer. Was Tom und viele seiner Freunde besonders beunruhigt: Es gibt bisher keine Zusicherung, inwiefern das nächste Semester überhaupt regulär angerechnet wird. Viele Studienordnungen sehen restriktive Maßnahmen wie Maxi-

malstudiendauern oder Zwangsexmatrikulationen vor. Was für ihn und andere auch sonst unakzeptabel ist, stößt in Krisenzeiten an die Grenzen der Legitimation. Deswegen hat er gemeinsam mit anderen eine Aktion gestartet. Ihr Ziel: Ein Semester im Ausnahmezustand darf Studis nicht zum Nachteil ausgelegt werden. Wenn die Aktion klappt, kann das Aufzeigen von Missständen im Bildungssystem in Zeiten der Krise zum Ausgangspunkt werden, um über Alternativen nachzudenken: Es so zu gestalten, dass es nicht unter Unterfinanzierung leidet. Studienbedingungen so zu formulieren, dass es nicht um das schnelle Absolvieren der Regelstudienzeit geht, sondern es Freiraum für Entfaltung und Ausprobieren gibt. Ein solches System ist auch besser geeignet, zukünftige Krisen zu meistern. 🛨





Prekäre Arbeitsbedingungen

Alice arbeitet als Hilfskraft an ihrer Fakultät. Eigentlich. Denn um die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen steht es gerade eher schlecht: Verträge laufen aus. Die Personalämter sind nicht darauf vorbereitet, Verträge nicht vor Ort unterschreiben zu lassen. Beschäftigungsverhältnisse liegen brach. Die Situation für studentische Hilfskräfte ist derzeit eine immense Belastung. Der Wissenschaftsbetrieb mit seinen prekären Arbeitsverhältnissen schafft derart viele Unsicherheit, dass es kaum möglich ist, für die Zukunft vorauszuplanen. Von diesem System - bedingt durch die Unterfinanzierung der Wissenschaft - sind neben Studis auch Promovierende betroffen, die häufig keine vollen Stellen bekommen, oder Honorarlehrkräfte ohne festes Gehalt. Schlimm wird es für diejenigen, die mit ihrer Hilfskraftstelle fast ihren

kompletten Lebensunterhalt verdienen müssen. Wessen Vertrag demnächst ausläuft, ist mit finanziellen Unsicherheiten konfrontiert, welche jene von Studierenden noch einmal übersteigen. Jede Stunde, die in kommenden Semestern nachgearbeitet werden kann oder soll, verursacht dennoch oft ein Loch im Geldbeutel. Und wer weiß schon, was im Oktober ist, wenn Kurse wieder belegt und ausgefallene Praktika nachgearbeitet werden müssen. Was Alice und ihren Kommiliton*innen bleibt, ist, sich über die Studierendenvertretung gemeinsam mit Gewerkschaften für eine bestmögliche Regelung der Arbeitsverträge an Hochschulen stark zu machen, die allen Beschäftigten eine faire Bezahlung und ausreichend Sicherheit bietet - auch nach COVID-19. ★

Kritische Wissenschaft auf dem Abstellgleis

nna engagiert sich in ihrer Stu-Adivertretung für Kritische Wissenschaften. Normalerweise organisiert sie Vorträge und studentische Seminare. Ihr Ziel: Dem regulären Lehrbetrieb, in dem kritische Sichtweisen oft fehlen, eine solidarische Perspektive entgegenzusetzen. Gemeinsam mit Studierenden, Beschäftigten und zivilgesellschaftlichen Gruppen arbeiten sie auf ein Bildungssystem hin, das allen zugänglich ist und sich auch mit kapitalismuskritischen Fragen beschäftigt. Doch aktuell können sie dem nicht nachgehen. Die Schließungen von Hochschulen legen nicht nur den regulären Betrieb lahm, sondern verhindern auch das Engagement von wissenschaftlichen Initiativen. Dabei ist doch genau das, was es zur Aufarbeitung der aktuellen Entwicklungen braucht. Was sind die Gründe für das Aufkommen von immer dras-

tischeren Pandemien? Was sind die ökonomischen Ursachen des Abbaus im Gesundheitswesen? Wie stehen Freiheitsrechte im Gegensatz zum Infektionsschutz? Wie werden die finanziellen Folgen der Pandemie auf gesellschaftliche Gruppen verteilt? Hier muss kritische Wissenschaft eine neue Perspektive in die Debatte bringen. Diese muss die neoliberalen Hintergründe des Zustandes im Gesundheitssystem beleuchten und gesellschaftliche Folgen für Gruppen, die durch die Krise finanziell bedroht sind, im Auge behalten. Aktuell bleibt Annas Studivertretung nur die Möglichkeit, Videokonferenzen durchzuführen, um zu planen, welche Aktionen sie nach der möglichst baldigen Wiederöffnung des Campus durchführen. ★

Die Vergessenen von Moria

Die humanitäre Krise im Geflüchtetencamp Moria auf Lesbos droht durch COVID-19 zu eskalieren.

Magdalena Fackler und Lukas Geisler waren drei Wochen auf Lesbos und Samos als Freiwillige und berichten von ihren Erfahrungen.



Im Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos vegetieren über 20000 Geflüchtete.

Die Fährfahrt von Ayvalik, einem Touristenort nahe Izmir in der Türkei, nach Mytilini, der Hauptstadt von Lesbos, dauert nur knapp eineinhalb Stunden. Schnell wird klar, warum viele Geflüchtete genau an diesem Ort versuchen, nach Europa zu gelangen. Als europäischer Staatsbürger ist diese Route sehr bequem zu bereisen – ein verbrieftes Privileg. Wir machten uns Mitte Februar dieses Jahrs von Ayvalik Richtung Lesbos auf. Zuvor hatten wir uns bei der Nichtregierungsorganisation (NGO) Refugee4Refugees (R4R) beworben, um vor Ort als freiwillige humanitäre Helfer*innen zu arbeiten. R4R ist eine von über 100 NGOs auf Lesbos und wurde 2017 von dem Syrer Omar Alshakal gegründet, der einst selbst als Geflüchteter nach Lesbos kam. Bei der Arbeit von R4R geht es um Nothilfe und nachhaltige Unterstützung. So nimmt die Organisation hauptsächlich Hygiene- und Kleiderspenden entgegen, sortiert diese in einem Warenhaus und verteilt sie dann an Geflüchtete in dem sogenannten Hotspot Moria - das größte Geflüchteten-Camp innerhalb der EU. In die-

sem Lager, das für 3000 Menschen ausgelegt ist, leben momentan weit über 20.000 Asylsuchende. Und genau dort arbeiteten wir mit R4R. An den Distributions-Tagen läuft man über Müll und Abwassergräben zwischen den Zelten umher, um vorher gepackte Plastiksäcke mit dem Nötigsten an Klamotten an Familien zu verteilen. Viele sind hier schon einige Jahre, viele Frauen sind schwanger und im Camp leben ca. 6000 Kinder. Überall sitzen Menschen an kleinen Feuern, es gibt kleine Shops, die von Geflüchteten geführt werden, und Kinder spielen trotz kalter Temperaturen oft barfuß im Müll. Es fehlt ihnen an allem.

Brutales Grenzregime

Wir reden hier nicht von Migrant*innen, sondern von Menschen, die Schutz suchen. Diese Menschen werden zwischen Ratten und Müll sich selbst überlassen und die EU hat dies zur Normalität werden lassen. Menschen, die auf den griechischen Inseln ankommen, sind oft schon seit Jahren auf der Flucht vor imperialen

Kriegen, Gewalt und Armut und suchen vergeblich nach Schutz, denn auch in Moria müssen sie um ihr tägliches Überleben kämpfen. Diese Lage hat sich in den letzten Wochen nur noch verschlimmert. Anwohner*innen der Insel, die als Erste im Jahr 2015 den ankommenden Geflüchteten geholfen haben, protestierten gegen ein neues Camp, das in Kürze errichtet werden soll. Verschärft wurde die angespannte Lage auf der Insel, als die Türkei Ende Februar ihre Grenzen öffnete und Geflüchtete aufforderte, die Türkei zu verlassen. Anwohner*innen errichteten daraufhin Straßensperren und attackierten NGO-Mitarbeiter*innen und Journalist*innen. Währenddessen führte die griechische Küstenwache mit Unterstützung von Frontex sogenannte Push-Backs durch. Ziel war es, dass möglichst wenige die Insel erreichen. Helfer*innen, die Boote mit Decken und Nahrung willkommen hießen, wurden von der Polizei verfolgt und gewaltbereite Faschist*innen versuchten, die Arbeit der NGOs unmöglich zu machen. Auch wir bekamen dies zu

spüren: So arbeiteten wir in zwei Cleaning-Teams am Sonntag, den 1. März, im Camp, um Müll zu sammeln, auch eine der Aufgaben der NGOs, denn der griechische Staat kommt seinen Pflichten nicht nach. Nach nur wenigen Stunden Arbeit bekamen wir jedoch die Nachricht, dass die Zufahrtsstraßen zum Camp blockiert wurden und so mussten wir letztendlich von einer anderen NGO über die Olivenhaine am anderen Ende des Camps evakuiert werden. Was für uns noch einmal gut ausgegangen war, bewegte R4R dazu, die Operationen auf Lesbos einzustellen, da nicht mehr für die Sicherheit der Freiwilligen garantiert werden konnte. Schweren Herzens verließen wir also Lesbos und fuhren mit der Fähre nach Samos, eine andere Insel mit einem weiteren sogenannten Hotspot. Dort setzten wir unsere Arbeit für zwei Wochen fort, bis wir auch Samos aufgrund der CO-VID-19-Krise verlassen mussten.

Drohende Gefahr

Was geschieht aktuell? Die Situation hat sich bisher nicht entspannt, die Präsidentin der EU-Kommission bezeichnet Griechenland als den Schutzschild Europas, anstatt zu verlangen, dass Menschenrechte Anwendung finden. Das Recht auf Asyl ist in Griechenland momentan ausgesetzt und alle Ankommenden werden wieder zurück in die Türkei gebracht oder auf Schiffen interniert. Gerade jetzt, wo die Nachrichtenlage auf COVID-19 gerichtet ist, hört man wenig von der Situation auf Lesbos und den anderen Inseln. Doch gerade jetzt ist es wichtiger denn je, an die zu denken, die keinen Zugriff auf ärztliche Versorgung, ausreichend Sanitäranlagen und die notwendigen Hygienemaßnahmen haben. Denn während wir uns in unsere Häuser zurückziehen, leben Tausende dicht an dicht in Zelten ohne jeglichen Schutz. Die noch verbliebenen NGOs bereiten sich so gut es geht auf COVID-19 vor. Doch sie können nicht ersetzen, was die EU jahrelang versäumt hat. Wenn sich das Virus in den Lagern auf Lesbos und den anderen Inseln ausbreitet, dann trifft es die Verwundbarsten unter uns. Die humanitäre Katastrophe ist bereits in vollem Gange und droht durch das Virus zu eskalieren. Das alles geschieht direkt vor unseren Augen. In unserer aller kollektiver Verantwortung, 🖈



Magdalena Fackler und Lukas Geisler studieren Politikwissenschaften. Während Magdalena zuletzt für ein Auslandssemester in Ägypten war und in der Klimaschutzbewegung aktiv ist, engagiert sich Lukas beim SDS Nürnberg.



Wieviel kann das Parlament in der Krise noch mitreden?

Sonntag, der 22. März 2020. Nach steigender Zahl der CO-VID-19-Fälle in Deutschland und einer Konferenz aller Ministerpräsidenten gibt die Bundeskanzlerin bekannt, in allen Bundesländern gelte nun ein Kontaktverbot: Sicherheitsabstände müssen eingehalten werden, die Regeln für den Einkauf sind stark verschärft, Menschenansammlungen in der Freizeit verboten. In manchem Bundesland werden selbst Einzelpersonen von Parkbänken verscheucht. Zuwiderhandlungen werden mit bis zu 25.000 Euro bestraft. "Richtig so. Endlich wird durchgegriffen", hört man es von vielen Seiten - überraschenderweise von rechts wie links. Zu viel Kritik in Krisenzeiten ist scheinbar unangemessen. Doch ist das Akzeptieren solcher Maßnahmen ohne Hinterfragen viel gefährlicher als es zunächst scheint.

Ein neuer autoritärer Zeitgeist?

Kein Mensch, der die Prognosen der Wissenschaftler*innen ernst nimmt, wird leugnen, dass es in einer Situation wie der COVID-19-Epidemie völlig sinnvoll ist, physische – nicht soziale – Kontakte zu vermeiden, Sicherheitsvorkehrungen zu treffen und auf große Menschenmengen zu verzichten. Dass herrschende Politiker*innen Maßnahmen ergreifen, um Ansteckungsrisiken zu verhindern, ist also völlig richtig. Doch wer bestimmt über diese Maßnahmen? Wer wägt ab, was sinnvoll und für die Allgemeinheit verträglich ist? Worauf basiert die Härte bestimmter Regelungen? Womit wird der Zeitraum gerechtfertigt? Welche Grundrechte werden ausgehebelt, wenn das Robert Koch-Institut Handy-Tracking betreiben darf?

All diese Fragen müssen gestellt werden. Wir können damit nicht warten, bis der Ausnahmezustand beendet ist. Wir müssen uns ins Gedächtnis rufen, welche autoritären, einschränkenden Maßnahmen in Krisenzeiten durchsetzbar sind und welche Macht der Staat tatsächlich ausüben kann.

Denn ein Kontaktverbot bedeutet letztendlich eines: Menschen dürfen sich nicht in Gruppen zusammenfinden. Lebhafter Protest wird unmöglich, ein Aufbegehren der Gesellschaft, Streiks sind erschwert, Demonstrationen unmöglich – all das kann bzw. darf nicht stattfinden, wenn der Staat einen Ausnahmezustand auferlegt. Und auch Handy-Tracking bedeutet, dass die Schranken des Datenschutzes und des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung plötzlich durchbrochen werden.

Und zudem verhindert dieser Ausnahmezustand auch eine demokratische Debatte über solche Maßnahmen, die ihnen unbedingt vorausgehen muss. Politische Maßnahmen werden in der Regel vorgestellt, es folgt eine mediale Diskussion und politische Debatte in der Gesellschaft und in den Parlamenten. Dies entfiel aufgrund der Notsituation fast gänzlich. Ein Abnicken seitens der Oppositionsparteien und der Zivilgesellschaft bringt eine solch notwendige Debatte auch im Anschluss nicht auf die Tagesordnung. Das ist beängstigend. Denn wer sagt, dass die Erfahrungen der letzten Monate nicht in politische Entscheidungen der kommenden Jahre einbezogen werden?

Klassencharakter der COVID-19-Pandemie

Ausgangssperren, Kontaktverbote, sowie Schließung von Kultureinrichtungen verstärken die Not derjenigen, die vorher schon zu den schlechter gestellten der Gesellschaft gehörten. Familien mit wenig Einkommen sitzen auf engem Wohnraum zusammen. Obdachlose und Asylsuchende werden in die Illegalität gedrängt oder in menschenunwürdigen Zuständen festgehalten. Menschen, die keinen deutschen Pass haben, müssen Sorge haben, ob des Jobverlustes abgeschoben zu werden. Zurückgeworfen auf die Kernfamilie sind es insbesondere Frauen, die NGO-Berichten zufolge in Wuhan

verstärkt um Hilfe baten. Knapp zwei Drittel aller Studierenden in Deutschland müssen ihren Lebensunterhalt durch befristete Lohnarbeit verdienen. Ein Großteil von ihnen weiß nicht, wie er die nächste Miete bezahlen soll. Derweil streiken Arbeiter*innen in Österreich. Für Unternehmen wie für die Staatengemeinschaft scheint der Grundsatz zu gelten: Versammlungsfreiheit für Vergnügen: Nein! Aber wenn der Arbeitgeber die Ansteckung anordnet, darf sich dem nicht entzogen werden. Erst vor kurzem schlossen die großen Autohersteller ihre Werke. vermutlich viel zu spät. Die Beschäftigten im Gesundheitssystem von Berlin stellen im Rahmen ihrer Streikforderungen nochmal klar: Wir brauchen mehr Personal, mehr Ausrüstung und einen besseren Arbeitsschutz. Nur so ist das Gesundheitssystem aufrechtzuerhalten und die Krise zu meistern.

Die Möglichkeiten des Moments

Die aufgezeigten Krisentendenzen bieten massiven Anlass zur Sorge. Die Einschränkungen der Freiheitsrechte müssen nicht zwangsläufig rückgängig gemacht werden, sobald die COVID-19-Pandemie in die prognostizierte Wirtschaftskrise umschlägt. Die Krise eröffnet zugleich auch progressive Möglichkeiten. So wird die Lage der Studierenden verstärkt ernst genommen und über sozialpolitische Eingriffe diskutiert. Mieter*innen sollen vor Kündigungen geschützt werden und die Hartz-IV-Sanktionen werden gelockert. Jeder weitere Tag des Ausnahmezustandes zeigt, dass es einen Bruch zwischen Profitlogik und menschlichen Bedürfnissen gibt. Der autoritäre Staat, aber auch sozialpolitische Reformen erhalten mehr Aufmerksamkeit. Dort, wo Maßnahmen der Unterstützung und der Umverteilung vorgenommen werden, müssen diese über den Zustand der COVID-19-Zeit normalisiert werden. Gleichzeitig müssen wir alle autoritären Einschränkungen massiv kritisieren. Es liegt an uns, die richtigen Maßnahmen lautstark zu begrüßen und sie als Selbstverständlichkeit zu benennen. 🖈



Fabian Korner studiert Philosophie und Germanistik an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Seine politischen Schwerpunkte sind politische Bildungsarbeit und Hochschulpolitik. Christian Ott studiert in Leipzig Anglistik und hofft, dass "Ausgangssperre" zum Unwort des Jahres gekürt wird.



Wenn man sich die heutigen Debatten um die Bekämpfung der Rechten ansieht, so fällt einerseits auf, dass viele Ansätze und Auseinandersetzungen darum keineswegs neu sind, sondern sich vielmehr innerhalb der letzten 80 Jahre in den wiederkehrenden Wellen rechter Wahlerfolge und des Terrorismus immer wiederholen. Darauf werden wir noch zu sprechen kommen.

Staatliche Repression

Andererseits ist es wichtig zu unterscheiden, aus welchem Blickwinkel man sich dieses Problems annimmt. So nimmt etwa die SPD, wenn sie sich in ihrem Strategiepapier zur Bekämpfung der Rechten vor allem

auf repressive Maßnahmen, d.h. Parteiverbote, Waffenrechtsverschärfungen oder Internetüberwachung bezieht, eine staatszentrierte Perspektive ein. Ihr geht es dabei im Wesentlichen darum, die Rechte durch die Mittel staatlicher Gewalt klein zu halten. Eine Lösungsstrategie für die tieferliegenden Probleme unserer Gesellschaft ist damit wohl kaum verbunden. Nichtsdestotrotz können derartige Strategien erfolgreich dabei sein, kurzfristig rechte Bewegungen zu zerschlagen. Dies zeigen etwa Parteiverbote gegen Nachfolgeparteien der NSDAP in der frühen Bundesrepublik, wie etwa die "Sozialistische Reichspartei", Allerdings können und konnten solche Strategien natürlich nicht dafür

sorgen, dass die Nazis verschwinden oder sich wieder, stärker als zuvor, reorganisieren. So zog etwa die neugegründete NPD, trotz aller Verbote des vorangegangenen Jahrzehnts, 1967 mit 7 % aus dem Stand in den niedersächsischen Landtag ein. Ihr Einzug in den Bundestag konnte damals nur mit breitem zivilgesellschaftlichem Engagement verhindert werden. Und nicht zuletzt wurde, gerade weil sie die Fünfprozenthürde verpasste, eine Mehrheit für die spätere sozialliberale Koalition unter Willy Brandt möglich.

Zivilgesellschaftliche Aufklärung

Andere Ansätze stellen die Zivilgesellschaft in den Fokus des gesellschaftlichen Kampfes gegen Rechts. So soll mit der Förderung von Initiativen und Vereinen, welche sich aktiv gegen rechte Ungleichheitsideologien engagieren, über das Bundesprogramm "Demokratie leben!" die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit von Faschist*innen geschwächt werden. Oder es soll durch die Unterstützung politischer Bildung in der Schule und darüber hinausgehend in den Bundes- und Landesämtern für politische Bildung Ähnliches erreicht werden.

Ohne Zweifel ist die politische Aufklärung ein wichtiger Eckpfeiler gegen Rechts, solche Versuche haben jedoch auch einige strukturelle Schwächen. Zunächst fruchten sie besonders da gut, wo gesellschaftliche Vielfalt konkret im Alltag erlebbar ist oder erlebbar gemacht

werden kann. In ländlichen, häufig durch eine homogene Bevölkerungsstruktur geprägten, Regionen kommen solche Projekte weit weniger an. Zudem blendet derartiges Engagement häufig real existierende Ungleichheiten aus. Wenn sich etwa eine Hauptschule zur "Schule ohne Rassismus" ausruft ist damit keineswegs Ungleichheitsideologien vorgebeugt, müssen doch viele der Schüler*innen, aufgrund ihrer soziokulturellen Stellung in der Gesellschaft, tagtäglich mit Diskriminierungen und Ungleichheit umgehen. Zuletzt bleiben viele der Initiativen in diesem Bereich, aufgrund ihrer finanziellen Abhängigkeit, ein Spielball in den Händen der Mächtigen. Sie können langfristig kaum stabil und zuverlässig arbeiten, wenn Sie mit Treueverpflichtungen zur "freiheitlich demokratischen Grundordnung" (FDGO) [auch für alle ihre zivilgesellschaftlichen Partner, wie etwa Antifagruppen] oder der latenten Gefahr des Entzuges der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit belastet sind.

Einheitsfront der "Demokraten" oder Entlarvung der Steigbügelhalter

Auch eine parteipolitische Sicht auf das Thema ist lohnenswert. Hier gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Ansätze.

So gibt es einerseits diejenigen, die versuchen, möglichst breite parteipolitische und zivilgesellschaftliche Bündnisse gegen Rechts zu

Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Vierteljahreszeitschrift 31. Jahrgang, Nr. 121, März 2020, 224 Seiten

Strategiedebatten

ANZEIGE

Z-Redaktion – "Kontrollverlust", Krisenfelder und Strategiedebatten / Reusch – Klimakrise, Widersprüche, schwache Akteure / Deppe – Brexit schlägt Sozialismus / Klein – Diskurs und linke Strategie / Goldberg – Entzauberung des Privateigentums / Schramm – Radikal bis neoliberal – Green New Deal / Sadowsky – IG Metall-Diskussion / Kaindl – Ein Blick auf DIE LINKE

Lateinamerika: Boris – Aufruhr in Lateinamerika / Musacchio – Argentinien in der Krise

Marx-Engels-Forschung

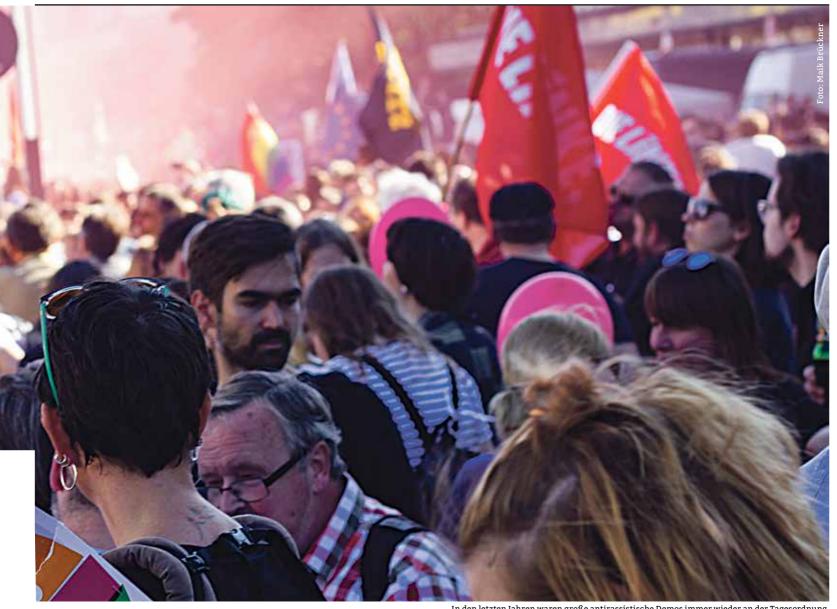
Vollgraf – Leere Haushaltskasse und ausgelaugte Böden – MEGA IV/18 / Quaas -Abschreibung in der ökonomischen Theorie von Marx

Und: Hervé – Flora Tristan – feministische Sozialistin / Friedmann – März 1920: Gegen Lüttwitz, Kapp und Co.

 $\textbf{Sowie:} \ Kommentare; \ Diskussion-Kritik-Zuschriften; \ Zeitschriftenschau; \ Berichte, \ Buchbesprechungen \ Ausgeber \ Ausgeber \ Ausgeber \ Buchbesprechungen \ Ausgeber \ Berichte, \ Buchbesprechungen \ Ausgeber \ Berichte, \ Buchbesprechungen \ Berichte, \ Berichte$

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- €. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail:redaktion@zme-net.de



 $In \ den \ letzten \ Jahren \ waren \ große \ antirassistische \ Demos \ immer \ wieder \ an \ der \ Tagesordnung.$

schmieden. Solche Bündnisse, wie etwa "Aufstehen gegen Rassismus", versuchen vor allem im sogenannten rot-rot-grünen Lager, gesellschaftliche Gegenmacht zu entwickeln, sei es im Großen mit Demos gegen Rechts, oder im Kleinen durch das Empowerment Einzelner im Alltag Widerspruch gegen rechte Parolen zu üben.

Die Breite dieser Bündnisse, die sich gerade aus aktuellen Anlässen in fast jeder Stadt gegründet haben, ist natürlich einerseits eine Stärke. da es so ermöglicht wird, viele Menschen einzubinden. Andererseits erschwert es diese Breite aber auch. die rechte Bedrohung an ihrer Wurzel zu bekämpfen. So ist es in und für solche Organisationen nur sehr schwer möglich, über die Ursachen der Rechtsentwicklung zu reden und sie anzugehen. Diese liegen zentral in der zunehmenden Entsolidarisierung der Gesellschaft und einer Verschärfung der sozialen Ungleichheiten.

Da aber ein großer Teil der sogenannten politischen Linken über die Hartz-Reformen mit dieser Politik des Sozialabbaus verstrickt ist, lässt sich an dieser Stelle kaum ein gemeinsames, geschweige denn zukunftsweisendes Projekt formulieren, das nicht nur auf rechte Aufmärsche reagiert, sondern ihre Ursachen nachhaltig bekämpft.

Gegensätzlich zu diesem auf Breite angelegten Ansatz stehen diejenigen, die im Kampf gegen Rechts nicht nur einen Kampf gegen rechte Parteien und Bewegungen verstehen, sondern auch gegen ihre Türöffner in den Regierungen der letzten Jahrzehnte.

Ziel dieser Strategie ist es, durch klare Benennung der Ursachen rechten Denkens in der Öffentlichkeit aufzuklären. Dies kann als eine Politik des reinen Gewissens verstanden werden, welche sich, neben dem Engagement gegen Rechts, darauf fokussiert, die Verantwortung von SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP an deren Stärke herauszustellen. Freilich lassen sich so keine breiten Bündnisse organisieren. Jedoch besteht darin eine Möglichkeit, Menschen anhand einer glaubwürdigen antifaschistischen Linie zu organisieren. Solange noch keine Machtübernahme von Rechts droht, scheint dieser Ansatz legitim, danach jedoch kaum mehr.

Verbindende Klassenpolitik

In der Linken wird derzeit, anschließend daran, über das Konzept der sogenannten "Verbindenden Klassenpolitik" diskutiert. Hierbei ist der tragende Gedanke, Menschen, die in unserer Gesellschaft unter den verschiedensten Ungleichheitsformen leiden, zusammenzuführen und mit ihnen zusammen gegen Rechts zu kämpfen.

Dem liegt die Analyse zugrunde, dass der Aufschwung der Rechten maßgeblich mit der sich vertiefenden Verzahnung gesellschaftlicher Ungleichheiten einhergeht und diese wiederum untrennbar mit der kapitalistischen Wirtschaftsform verwoben sind. Rechtes Denken gründet in Ungleichheit, der erlebten, wie der gewollten. Gerade diese Ungleichheiten liegen wiederum aber unserem Wirtschaftssystem zugrunde, seien es ökonomische Ungleichheiten, Geschlechterungleichheiten oder Ungleichheiten, die durch Staatsbürgerschaft, Religion und/oder Hautfarbe begründet werden. Eine Bekämpfung all dieser Ungleichheit ist damit nicht nur ein linkes Projekt, sondern vielmehr auch nachhaltige Bekämpfung rechten Denkens.

Da sich solche Diskriminierungen aber immer nur schwerlich für andere gesellschaftliche Gruppen, deren reale Lebensumstände man vielleicht gar nicht genau kennt, bekämpfen lassen, ist es wichtig, dass all diese verschiedenen Personengruppen im Engagement gegen ihre spezifische, aber auch alle anderen Diskriminierungen in dieser Gesellschaft zusammenfinden.

Die Botschaft lautet also: nur wir alle gemeinsam können Ungerechtigkeiten beenden und rechtem Denken einen Riegel vorschieben! 🛨

Dorian Tigges studiert Kunstgeschichte in Marburg und engagiert sich dort für den SDS. Solidarität ist für ihn die beste Waffe gegen Hass.





Gelebte Solidarität kann vieles bedeuten. Demos sind ein Teil davon.

A ktuell ist der Begriff "Solidarität" in aller Munde. Kaum ein Artikel oder eine politische Rede kommt ohne ihn aus. Doch was bedeutet er eigentlich?

Es geht um Zusammenhalt unter schwierigen Bedingungen. Es geht darum, Menschen, die in besonders prekärer Weise von etwas betroffen sind, zu unterstützen, sich zu organisieren und gegenseitig zu helfen. Aber es geht auch darum, sich für Menschen stark zu machen, die kein Gehör finden. Momentan ist tatsächlich zu beobachten, wie sich die Gesellschaft untereinander solidarisiert, um bestmöglich mit der sogenannten Corona-Krise umzugehen. Man ist stolz darauf, Nachbarschaftshilfen zu organisieren, der älteren Dame im zweiten Stock die Einkäufe abzunehmen oder den netten kauzigen Nachbarn von nebenan zu seinem Arzttermin zu fahren. Es verschafft einem geradezu Befriedigung. Man geht mit einem guten Gefühl ins Bett, denn man hat frei nach dem Motto "eine gute Tat am Tag" geholfen, auch wenn dies die Gesamtlage noch nicht ändert.

"Wir sind in der Verantwortung"

Es ist leicht, sich solidarisch zu zeigen, wenn man in ähnlicher Weise von einer Krise oder einem Umstand betroffen ist und sich um seine Mitmenschen im unmittelbaren Umfeld kümmert, die in vergleichbaren Verhältnissen leben. Natürlich ist das durchaus positiv zu bewerten, denn wir erleben gerade, wie der Akt der Solidarität Menschen zusammenschweißt und sie gleichzeitig gewissermaßen politisiert - denn er entsteht aus Missständen, die in Krisen mehr denn je sichtbar werden. Doch was ist das wert, wenn man gleichzeitig diejenigen ausblendet, die am meisten auf unsere Solidarität angewiesen sind? Sind wir nicht in der Verantwortung, unsere Stimme gerade für diejenigen zu erheben, die am meisten leiden und nicht gehört werden? Die Rede ist von Menschen, die zunehmend Rassismus ausgesetzt sind und sich selbst in ihrem angestammten Umfeld nicht mehr sicher fühlen können, wie zuletzt die Geschehnisse in Hanau gezeigt haben. Müssen wir uns als solidarische Menschen nicht denen in den Weg stellen, die diese Angst und Verunsicherung zu verantworten haben? Auch nach den furchtbaren Geschehnissen war der Appell an die Solidarität laut. Doch es scheint als fiele uns das schwer, weil wir in dem Fall eben nicht in ähnlicher Weise wie die Familie von gegenüber davon betroffen sind. Solidarität wird plötzlich ungemütlich.

Die Ausgeschlossenen

Wo bleibt die Solidarität gegenüber den Menschen, die in Flüchtlingslagern wie Moria ausharren müssen (S. 10)? Für diese Menschen gibt es keinen Sicherheitsabstand von 1.5 Metern, den wir alle problemlos einhalten können. Sie sind in kleinen Zelten, in denen bis zu 15 Menschen gleichzeitig hausen, gefangen. Spüren wir einmal ein Kratzen im Hals oder einen leichten Husten, ist die Hausärztin nur einen Anruf entfernt. Das ist dort unvorstellbar. Es leben rund 20.000 Menschen ohne genügend medizinische Versorgung, ohne ausreichend Pfleger*innen und Ärzt*innen in einem Camp. Abgeschottet vom Rest der Welt und doch rassistischer Gewalt ausgesetzt. Angreifbar für Rechtsradikale, welche die Situation schamlos ausnutzen. Diese Menschen können sich nicht frei bewegen, leben unter katastrophalen hygienischen Bedingungen. Wasser und Lebensmittel werden rationiert. Es fehlt an Medikamenten. All das passiert, während wir uns Sorgen darüber machen, ob das Toilettenpapier und die Dosenravioli für die nächsten Wochen reichen werden. Diese Umstände sind in Geflüchtetenlagern Alltag. Nun stelle man sich vor, wie eine Pandemie diese noch verschlimmert. Wir beobachten, wie still in Kauf genommen wird, dass dort Menschen sterben. Viele verschließen davor die Augen, lassen sie im Stich. Und wir sind zu leise um sie aufzurütteln.

Wer es mit der Solidarität ernst meint, geht weiter als nur in den zweiten Stock. Wer es mit der Solidarität ernst meint, ist laut und sichtbar, statt bequem. Denn nur so wird aus der Worthülse Solidarität, die zu oft nur einen Selbstzweck zu erfüllen scheint, tatsächlich gelebte Realität.

Nilufar Shahla, 26, studiert Internationales Unternehmensrecht in Berlin, ist im SDS-Bundesvorstand aktiv und geht gegen hausgemachte Kekse tatsächlich für die Omi im 2. Stock einkaufen





Deutschland steht still? Warum wir gerade jetzt für die Beschäftigten von Bus und Bahn kämpfen

müssen, zeigen Annika H. und Ronja H.

Auch nach der Krise bleiben die Arbeitsbedingungen im ÖPNV wichtig.

Seit Wochen gilt die Aufmerksamkeit nur noch COVID-19. Während Medien über Maßnahmen wie Schließungen von Schulen, Kitas und öffentlichen Räumen berichten, gerät vieles aus dem Blickfeld. Etwa, was trotz Pandemie noch funktionieren muss. Und vor allem: Wer noch funktionieren muss. Wir sprechen von den vielen Beschäftigten, die unseren öffentlichen Personennahverkehr noch immer möglich machen.

Die Pandemie hält uns vor Augen, was zu jeder Zeit wichtig ist: Solidarität mit den Beschäftigten des ÖPNV. Diese werden schlecht bezahlt und leiden unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, obwohl sie einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Neben dem Personalabbau sorgt das Kaputtsparen der Infrastruktur für ein zu kleines Streckennetz und eine zu niedrige Taktung der Fahrpläne.

ÖPNV-Beschäftigte leisten einen großen Beitrag für die Gesellschaft und das Klima. Denn Klimaschutz funktioniert nur, wenn das Verkehrssystem nicht mehr vom fossil-betriebenen Autoverkehr bestimmt wird. In Deutschland boomt die Autobranche noch immer. Autobahnen werden ausgebaut, die Autolobby nimmt Einfluss auf die Politik. Der ÖPNV ist zudem vielerorts sehr teuer: Wer für eine Einzelfahrt 2,70 Euro zah-

len soll, nimmt dann doch eher das Auto. In einem solchen System wird es erschwert, klimafreundlich unterwegs zu sein. Das muss sich ändern!

Im Sommer wird ver.di die Tarifverträge der Beschäftigten im ÖPNV bundesweit kündigen. Das Besondere daran ist, dass Tarifverhandlungen normalerweise Ländersache sind, aber es jetzt möglich ist bundesweite Forderungen aufzustellen. Ab Juli werden große Mobilisierungen im Nahverkehr beginnen und, je nach Entwicklung der COVID-19-Situation, riesige Streiks stattfinden. Wir fordern euch auf: Lasst uns gemeinsam solidarisch für einen öffentlichen Nahverkehr arbeiten, der gut ausgebaut ist und niemanden ausschließt. Wir müssen für das Ansehen, bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung der Beschäftigten, die unsere Mobilität ermöglichen, kämpfen! ★



Annika H. und Ronja H. engagieren sich im BAK Klimagerechtigkeit und unterstützen die Vorbereitungen zu Soli-Bündnissen für die Tarifverhandlungen im Nahverkehr.

DIELINKE.SDS

WER WIR SIND UND WAS WIR MACHEN

dielinke.SDS – kurz für Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband – ist der einzige bundesweit aktive sozialistische Studierendenverband. Der SDS steht der Partei DIE LINKE nahe und setzt sich für eine kämpferische und sozialistische LINKE ein. Wir verstehen uns als Teil einer breiten linken Bewegung.

dielinke.SDS streitet für bessere Studienbedingungen an den Hochschulen und sieht dies als Teil einer umfassenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung gegen den marktradikalen und antidemokratischen Umbau der Gesellschaft, gegen Sozialabbau, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung aller Art, gegen Krieg und Umweltzerstörung.

In unserem Selbstverständnis heißt es: "Der Kapitalismus ist für uns nicht das Ende der Geschichte. Wir stehen ein für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und stellen ihr unsere handlungsbestimmende Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft entgegen."

LOKAL VERANKERT...

SDS-Gruppen gibt es bundesweit an ca. 60 Hochschulen. In den Hochschulgruppen findet ein großer Teil der politischen Arbeit statt:

Ob Lesekreise zu sozialistischer Literatur, Organisation politischer Bildungsveranstaltungen, Arbeit in den Unigremien, Unterstützung von Geflüchteten oder Anti-Nazi-Protesten: die Arbeitsbereiche und Aktionen der lokalen Gruppen sind vielfältig.

...UND BUNDESWEIT AKTIV.

Der SDS ist keine Ansammlung autonomer Kleingruppen, sondern ein bundesweiter Akteur. Durch unsere Bundesstruktur können wir aktiv in das politische Geschehen eingreifen. Wir haben das Frauen*kampftag-Bündnis mit initiiert und auch bei #unteilbar eine wichtige Rolle gespielt und beteiligen uns zurzeit stark bei "Students For Future". Bundesweite Aktivität erschöpft sich bei uns aber nicht darin, ein paar Demos mitzugestalten. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der 68er-Bewegung organisierten wir 2018 einen großen Kongress, der mit vielen Veranstaltungen und einem spannenden thematischen Kulturprogramm die öffentliche Debatte um die Studierendenbewegung der 68er bereicherte.

Auf unserer jährlichen Sommerakademie diskutieren wir gemeinsam und bilden uns weiter. Darüber hinaus hat der SDS mehrere Arbeitskreise, in denen wir uns vertieft mit Themen wie z.B. Feminismus, Hochschulpolitik oder Antirassismus auseinandersetzen.

Das Produkt eines dieser Arbeitskreise hältst du gerade in der Hand: die critica.

 $Derzeit\,gibt\,es\,folgende\,Bundesarbeitskreise\,(BAKs)\,im\,SDS:$

- BAK SOZIALISTISCHER FEMINISMUS
- BAK HOCHSCHULPOLITIK
- BAK KLIMAGERECHTIGKEIT
- BAK ANTIRASSISMUS
- BAK QUEER
- BAK KRITISCHE MÄNNLICHKEIT
- CRITICA-REDAKTION

AKTIV WERDEN!

Die Welt verändert sich nicht von allein. Eine bessere Gesellschaft braucht Menschen, die sich mit Begeisterung dafür engagieren. Support your local SDS!

SO ERREICHST DU UNS: WWW.LINKE-SDS.ORG INFO@LINKE-SDS.ORG 030/24009134

